



Fraktion im Gemeinderat Balingen

Conny Richter

B90Gruene-GR-BL-ConnyRichter@gmx.de

Balingen, 21.02.2011

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reitemann,

sehr geehrter Herr Schäfer,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir sind nun schon seit ein paar Wochen im neuen Haushaltsjahr, in das wir mit rund 20 Millionen € Schulden gestartet sind. Nach dem Planansatz werden wir dieses Jahr mit einem Schuldenstand von ca. 30 Millionen € beenden. Nimmt man die Schulden des Eigenbetriebs Stadtwerke noch hinzu, so sind es gar 50 Millionen €.

Schuld daran hat die Wirtschaftskrise, die zwar überwunden zu sein scheint, aufgrund der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen die Letztgenannten aber mit zeitlicher Verzögerung zuletzt trifft, und wir nun eben noch die letzten Ausläufer der Krise geduldig aushalten müssen. Wir können uns also beruhigt zurücklehnen, denn in kurzer Zeit wird auch uns der Wirtschaftsaufschwung noch einholen, und unsere vermeintlichen Probleme lösen sich in Wohlgefallen und Wohlstand auf. Die aufgebauten Schulden werden verschwunden sein, denn dank stets entstehender Haushaltsreste, sind die Schulden in Wirklichkeit ja gar nicht so hoch, wie uns die Zahlen auf dem Papier im Moment erschreckend zeigen wollen. Warum also fehlt unserer Fraktion der Glaube an eine solche Vorstellung?

Wir haben im vergangenen Jahr zwar relativ gut gespart und gekürzt. So gelang zum Beispiel der Verwaltung im Personalbereich die Einsparung von rund 200.000 €, - eine gewaltige Summe. Dafür möchten wir unseren Dank aussprechen, denn dass diese Maßnahmen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etliches abverlangt, liegt auf der Hand.

Hingegen liegen andere gewollte Vorhaben im Moment noch auf Eis, wie beispielsweise das Au-Stadion. Manches wurde vom Gemeinderat auch abgewiesen, wie die Bewerbung um die Ausrichtung des Kinder-Landesturnfestes.

Ganz so leger wie in früheren Jahren konnte man sich nicht mehr zu Investitionen entschließen. Allerdings gab es auch Unvermeidliches, das angegangen werden musste: enorm viel Geld floss und fließt auch in diesem Jahr wieder in den Brandschutz und die hierfür notwendigen Einrichtungen. Wer wollte sich schließlich den Schuh anziehen, und verantworten, dass in einem zwar sehr unwahrscheinlichen aber eben nicht ausschließbaren Fall, nicht alles Mögliche zur

Verhinderung eines Unglücksfalles getan zu haben. Das kann man heute gar nicht mehr wagen. Aber diese Sicherheit ist teuer, -sehr teuer.

Wir unterhalten einen Ordnungs- und Präsenzdienst, der auf unseren Straßen für Ruhe und Ordnung sorgen soll, die Einhaltung der dringend notwendig gewordenen Regelungen auf Straßen und Spielplätzen zu überwachen. Dass das in der Bürgerschaft noch nicht ausreichend genug empfunden wird, beweist unter anderem die Existenz der Bürgerinitiative BALU. Also müsste auch hier noch mehr Geld für noch mehr Sicherheit und Ordnung aufgebracht werden.

Erfreulicherweise setzen wir nicht allein auf den ordnungspolitischen Weg. Immerhin haben wir die Mariaberger Heime mit einem Streetworker-Dienst beauftragt. Was allerdings noch fehlt, ist die Berücksichtigung der Belange Jugendlicher in unserer Stadtplanung. Noch immer beklagen Jugendliche unseres Erachtens zurecht, dass ihnen Plätze und Raum in unserer Stadt fehlen. Jugendhäuser, Jugendräume und Skateranlagen sind offensichtlich nur teilweise ausreichend. Jugendliche fühlen sich nicht hinreichend willkommen. Es fehlt an Raum zum eigenständigen Sein und Gestalten ihrer sich entwickelnden Persönlichkeiten. Im Seegerkonzept war die Berücksichtigung der Belange von Kindern und Jugendlichen eigentlich verankert. Das scheint abhanden gekommen zu sein. Es gibt zwar theoretisch ein Jugendforum, das aber praktisch wohl nicht funktioniert. Es gab die Zukunftswerkstatt, bei der sich viele Bürgerinnen und Bürger engagierten, es gab Ideen und Pläne, aber die zugesagte weitere Einbindung der Bevölkerung in der Umsetzung fehlt uns noch. Wir bitten die Verwaltung, uns über die Entwicklung zu informieren.

Immer wieder wird der Zustand von Straßen und Gebäuden beklagt, ebenso das Schieben ausstehender Unterhaltungen und Sanierungen. In einigen Schulen stehen noch Erhaltungsmaßnahmen an. Wir haben vieles aufgebaut und eingerichtet und haben jetzt das Problem unser Hab und Gut pflegen und unterhalten zu müssen. Ist das angesichts der Finanzlage tatsächlich noch überall und in gleichem Maße möglich? Ist es noch möglich, Bestehendes bestehen zu lassen und noch Neues in womöglich noch höherem Standard einfach noch dazu einzurichten und aufzubauen?

Hat sich nicht vielleicht doch manches überholt und erübrigt? Müssten wir nicht vielleicht doch über unseren Standard nachdenken?

Wir leben hier, und wir haben uns gerne an das, was wir hier haben, gewöhnt. So sehr, dass es uns mitunter recht schwer fällt, die Realität auch anders sehen zu können. Auf das, was wir so selbstverständlich haben verzichten sollen? Uns anders als gewohnt und eingeschliffen organisieren? Unvorstellbar!

Nach unserer Ansicht führt daran aber kein Weg vorbei. Sicher ist nur, dass nichts sicher ist. Deshalb tun wir gut daran, uns rechtzeitig, so lange wir die Probleme noch aktiv angehen können, dagegen zu steuern. Die Alternative wäre ein „Weiter-So“, schließlich das ging bisher doch ganz gut, warum sollte das eines Tages nicht mehr so gehen?

Weil sich die Bedingungen verändern, und zwar massiv!

Es ist schön, Herr Reitemann, dass Sie den demografischen Wandel nicht so dramatisch sehen, und dass im Zollernalbkreis Balingen den Prognosen zur demografischen Entwicklung zufolge nicht ganz so heftig betroffen sein wird, wie die anderen Städte und Gemeinden. Nur, - wir leben hier nicht isoliert, wir sind Bestandteil des Landkreises, und was sich um uns herum

abspielen wird, hat auch Folgen für uns. Wir müssen Perspektiven entwickeln und zum Motor werden.

Stadt-Entwicklung muss gedacht werden, und zwar lange bevor die daraus resultierenden Handlungskonzepte umgesetzt werden können. Dazu sollten wir eine Klausurtagung machen. Wir können uns noch viele Jahre im Klein-Klein der Einsparungen auseinandersetzen. Das wird ganz sicher auch etwas bringen. Schließlich macht Kleinvieh auch Mist. Nur wird das unserer Ansicht nach nicht ausreichen.

Natürlich gibt es auch jetzt schon Ideen und Visionen: ganz oben auf dieser Liste steht sicherlich das Au-Stadion, und auch die Kleine Gartenschau ist uns ja so wichtig, dass sie schon heute auf der Homepage zentral eingestellt ist.

Aber ehrlich: sind das die Unternehmungen, die Projekte, mit denen wir Zukunft sichern?

Reicht es, Fernstudiengangs-Hochschulabnehmer hierher zu holen, um nun endlich auch noch Hochschulstandort zu sein? In einem Generationen“häuschen“ verschiedene Generationen unter einem Dach nebeneinander anzusiedeln, anstatt echte Familienzentren einzurichten?

Immerhin sieht die Planung der Eyach-Arkaden eine Kombination aus Handel und Wohnen vor, das sind für uns Wege in die richtige Richtung.

Danach zu schauen, wo Menschen arbeiten können, ist die eine, sehr wichtige Seite. Aber ebenso wichtig für das menschliche Leben ist die Lebensqualität drumherum, und zwar für alle Bevölkerungsschichten, nicht nur für die mit den gut gefüllten Geldbeuteln. Gutes Leben in Balingen muss für alle möglich sein.

Wir müssen uns fragen lassen, ob es richtig ist, jährlich 600.000 € in die musikalische Ausbildung von bestimmten Kindern und Jugendlichen zu stecken. Ist diese Förderung noch richtig und zeitgemäß? Wem kommt sie zugute? Wen erreicht diese Förderung? Wir sind gespannt, auf die angekündigte ausführliche und hoffentlich aussagekräftige Vorstellung des jetzigen Konzepts der Jugendmusikschule und auf die Vorstellung alternativer Konzepte.

Zwar lange und breit, aber mindestens so verwirrend und nicht fundiert genug haben wir im vergangenen Jahr die Kinderbetreuungssituation in Balingen diskutiert. Übrig geblieben ist ein Angebot von Öffnungszeiten in unseren Einrichtungen, das für einige noch immer unzureichend ist, ganz besonders im Kleinkindbereich. Solange die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehrheitlich noch als Luxusproblem betrachtet wird, Erziehung in der Familie unabhängig vom Leistungsvermögen der Familien als die beste und somit alternativlos betrachtet wird, haben wir noch nicht begriffen, dass wir hier Zukunftsinvestitionen zu leisten haben. Wir haben hier zwar quantitativ ein recht passables Angebot an Kindertagesbetreuung, woran es uns aber noch fehlt, ist die Qualität. Das ist auch daran abzulesen, dass dort, wo sie stimmt, freie Plätze frühestens in einem Jahr zu erhalten sind, während anderenorts Plätze frei bleiben. Statt eines beitragsfreien Kindergartenjahres und einer teilweise gebührenfreien Kernzeitenbetreuung wäre hier eine Fachstelle, die auch tatsächlich eine fachlich qualifizierte Stelle ist, im Resultat für die Familien und ganz besonders die Kinder die richtigere Ausgabenstelle. Leider konnten wir für diese Idee noch keine Mehrheit wahrnehmen, aber diese Hoffnung geben wir noch nicht auf. Bis dahin sehen wir eine kostengünstige Überbrückungslösung in der Einrichtung einer Kinderbetreuungscommission, in der es endlich möglich ist, sich frühzeitig und gemeinsam zur

weiteren Bedarfs- und Maßnahmenplanung abzustimmen. Wir werden in diesem Jahr mit einem entsprechenden Antrag auf die Verwaltung zukommen.

Schon allein in diesem Bereich wird deutlich, dass wir nur intern, -und das durchaus verständlicherweise-, nicht mehr in der Lage sind, unsere Aufgaben zu erledigen. Wir brauchen kritische und unterstützende Blicke und Anregungen von außen.

Das Vorgehen bei den Stadtwerken, sich mit Hilfe von außen, mit einer Organisationsanalyse wichtige Anregungen zur Weiterentwicklung geben zu lassen, darin sehen wir eine dringende Aufgabe!

Es gibt viele Felder, die Fragen aufwerfen:

Es müssen einzelne Bereiche im Aufgabenfeld der Stadt von extern beleuchtet werden:

- Ortschaftsverwaltungen
- Bauhöfe
- Feuerwehren
- Immobilienbestand und Unterhaltung
- Stadtentwicklung (Straßen)
- Schulen
- Bäder
- Kunst- und Kulturbetrieb

Wenn wir uns in jedem der kommenden Jahre einen Bereich vornehmen, den wir prüfen lassen, die Empfehlungen prüfen, und das, was politisch und mit der Bevölkerung umsetzbar ist, auch umsetzen, sind wir sicher, dass wir wieder näher dem kommen, was unsere Aufgabe ist, nämlich die kommunale Selbstverwaltung!

Im Moment haben wir doch gar keine echten Spielräume mehr. Für Stadtentwicklung und –gestaltung die diese Bezeichnung verdienen, fehlt uns das Geld, bzw. ist die Finanzierung nur über Schuldenaufnahme möglich. So kann man zwar heute agieren, man nimmt sich damit aber der nötigen Tilgung wegen für das Morgen die Möglichkeiten.

Wir brauchen Beratung von außen, jemanden, der aus anderen Gegenden andere Möglichkeiten kennt und frei auf unsere Situation schauen kann. Jemanden, der nicht betriebsblind und an das Bestehende gewöhnt Fragen an uns stellen kann, die sich hier nach wie vor kaum jemand laut zu fragen traut.

Wie notwendig und effektiv sind unsere Ortschaftsverwaltungen in der bestehenden Anzahl und Organisation, wie sieht es aus mit den Bauhöfen, den Feuerwehren. Welche Gebäude können wie bestehen und unterhalten bleiben? Welches Straßennetz ist in welchem Umfang und in welcher Qualität notwendig? Wie nötig für das Gesicht unserer Stadt und in welcher Form ist unser Kunst- und Kulturbetrieb? Ist das bislang bewährte Marktgutachten auch aktuell noch förderlich, oder bedarf es mittlerweile Anpassungen und Korrekturen?

Wir brauchen Diskussionsanstöße: wollen und benötigen wir alles, was wir haben, oder können wir uns auch auf andere Möglichkeiten einlassen?

Die Durchleuchtung sollte sowohl die Kosteneffizienz als auch die soziale, gesellschaftliche Bedeutung umfassen. Um also von niemandem falsch verstanden zu werden noch einmal sehr deutlich: uns geht es *nicht* um einen Kahlschlag, um ein Abrasieren oder Wegrationalisieren und

ein rein auf ökonomischen Nutzen hin ausgerichtetes Stadtleben. Genau darum nicht, aber genau deswegen brauchen wir sachverständige Analysen und Ideen zum Umbau. Entscheidungsgrundlagen, die mit dem alljährlichen Beschluss zu globalen Minderausgaben nicht mehr zu erreichen sind.

Deshalb stellen wir den Antrag, noch in diesem Haushaltsjahr eine Untersuchung eines der genannten Bereiche in Auftrag zu geben. Mit welchem begonnen werden soll, würden wir der Verwaltung zur Entscheidung überlassen. Wenn wir uns mit diesem Schritt auf den Weg in ein Umdenken und Umsteuern aufmachen können, werden wir den Haushalt mittragen.

Bleibt es hingegen bei einem „Weiter-So“-Kurs, so ändert sich für uns nichts Wesentliches zur Haushaltsverabschiedung zum letzten Jahr, so dass wir dann, -ebenfalls unverändert-, den Haushalt ablehnen müssen.

Herzlichen Dank für Ihr Zuhören!